

FREIE BAUERN ■ Lennewitzer Dorfstraße 20 ■ 19336 Legde/Quitzöbel OT Lennewitz

Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

FREIE BAUERN Deutschland  
Lennewitzer Dorfstraße 20  
19336 Legde/Quitzöbel OT Lennewitz  
Telefon: 038791-80200  
Telefax: 038791-80201  
[kontakt@freiebauern.de](mailto:kontakt@freiebauern.de)  
[www.freiebauern.de](http://www.freiebauern.de)

6. März 2024

## Umsetzung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktordnung

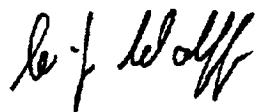
Sehr geehrter Herr Scholz,

die Bauernproteste der vergangenen Monate haben einer breiten Öffentlichkeit die schwierige Lage der Landwirtschaft vor Augen geführt. Noch nie haben wir so viel Sympathie für unsere Anliegen erlebt wie in diesem Frühjahr. Im Gegensatz zum Deutschen Bauernverband, der sich stark auf das Thema Agrardiesel focussiert hat, haben wir parallel immer politische Lösungen angeboten, die in andere, weniger haushaltsrelevante Bereiche hinein reichen, dafür aber konkrete Ergebnisse gefordert, siehe unsere gemeinsam mit LSV Deutschland vor einem Monat aufgestellten Forderungen (Anlage). Insbesondere für eine Stärkung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette haben wir uns von der Bundesregierung Unterstützung erhofft.

Die Umsetzung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktordnung in Form einer Vertragspflicht für alle Milchlieferungen mit konkret bezifferten Mengen und Preisen war immer eine unserer zentralen Forderungen. Dass die Bundesregierung dieses wichtige Projekt, das den bisher fast rechtlosen Milcherzeugern gleichberechtigte Teilhabe am Markt ermöglichen würde, noch vor den Protesten in Angriff genommen hat, haben wir ausdrücklich begrüßt und inhaltlich untermauert. Um so erschrockener waren wir, als wir kürzlich im aktuellen Entwurf für die Verordnung lesen mussten, dass sich die Vertragspflicht nur auf einen Teil der betrieblichen Milchlieferungen beziehen soll. Statt konkret bezifferter Preise können Berechnungsmodelle zur Preisfindung vereinbart werden. Dadurch sowie aufgrund weiterer vorgesehener Einschränkungen wäre die Verordnung völlig wirkungslos und das Ergebnis einer ebenfalls vorgesehenen Evaluierung in fünf Jahren stünde von vornherein fest. Eine solche Umsetzung des Artikels 148 würde das Machtgefälle bei den Milchlieferungen nicht nur für den genannten Zeitraum zementieren, sondern die Milcherzeuger auch noch mit zusätzlichem bürokratischen Mehraufwand belasten.

Umsteuern in der Agrarpolitik statt ungerechter Steuern – mit dieser Botschaft sind wir im Januar in die Proteste gegangen. Eine Umsetzung des Artikels 148 zugunsten der Milcherzeuger wäre für die Bundesregierung eine echte Chance zu zeigen, dass sie die Proteste ernst nimmt und sich nicht von Bauernverband, Genossenschaftsverband und Milchindustrieverband sowie deren Handlangern in Unionsfraktion und Ministerialbürokratie an der Nase herumführen lässt. Dass erhebliche Teile des Berufsstandes sich in den herkömmlichen Strukturen nicht mehr vertreten fühlen, dürfte Ihnen nicht entgangen sein. Deshalb bieten wir Ihnen unsere konstruktive Mitwirkung an. Viele Berufskollegen haben die blumigen Ankündigungen satt, sie erwarten konkrete Ergebnisse. Die Umsetzung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktordnung in Form einer Vertragspflicht für alle Milchlieferungen mit konkret bezifferten Mengen und Preisen könnte ein wichtiges Signal sein.

Mit freundlichen Grüßen



Alfons Josef Wolff  
Bundessprecher